

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/157

Bonn, den 21. August 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Zu den Ereignissen in der CSSR</u>	34

Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischnewski,  
Bundesgeschäftsführer der SPD

Kommentar

2	<u>Konsequenzen...</u>	30
---	------------------------	----

3	<u>Warum wohl?</u>	43
---	--------------------	----

Bundesverkehrsminister Leber im Kreuzfeuer holländischer Kritik

4 - 6	<u>Beitrag zur Entwicklungshilfe</u>	115
-------	--------------------------------------	-----

Sport- und Jugendpraktikanten aus der "Dritten Welt" in Berlin

Von Senatsrat Rudolf Horn, Berlin

6	<u>Appell an Vernunft und Einsicht wurde befolgt</u>	37
---	--	----

Zusammenschluß von Kleingemeinden in Hessen

\* \* \*

\*

Zu den Ereignissen in der CSSR  
-----

Von Bundesminister Hans-Jürgen Wischniewski,  
Bundesgeschäftsführer der SED

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verurteilt die Intervention von Truppen der fünf Mitglieder des Warschauer Paktes, Sowjetunion, DDR, Polen, Bulgarien und Ungarn, in der CSSR auf das Schärfste. Hier liegt ein eindeutiger Bruch internationalen Rechts vor.

Das Mitgefühl der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gilt heute den 15 Millionen tschechoslowakischen Staatsbürgern, die in ihrer großen Mehrheit die Bemühungen ihrer Regierung um Freiheit und Demokratie tatkräftig unterstützen. Die Haltung der verantwortlichen Politiker der CSSR an diesem Tage war getragen von dem Gefühl der Verantwortung gegenüber diesen Menschen. Diesen Politikern zollen wir unseren Respekt für ihre Haltung in der Frage des Selbstbestimmungsrechts und der inneren Entscheidungsfreiheit.

Die Ereignisse vom 21. August 1968 erinnern in tragischer Weise an die Vorgänge vor 30 Jahren um das Münchner Abkommen, das den Verlust der Souveränität für den tschechoslowakischen Staat zur Folge hatte.

Ungeachtet des rechtswidrigen und brutalen Vorgehens, das heute in der Tschechoslowakei zu Tage getreten ist, wird die Intervention der fünf Mitglieder des Warschauer Paktes die größte moralische Niederlage des Kommunismus seit den Ereignissen 1953 im ardenen Teil Deutschlands und im Oktober 1956 in Ungarn sein. Der Überfall wird nicht ohne Auswirkungen bleiben auf die weitere Entwicklung in Ostblock, auf die Entwicklung der kommunistischen Parteien in Westeuropa und auf das Ansehen des Kommunismus in der Welt.

Für die freien Bürger Deutschlands beweisen die Vorkommnisse im Bereich des Warschauer Paktes, daß die NATO als ausschließlich zur Verteidigung der freien Welt geschaffenes Bündnis auch in der Zukunft weiterhin von entscheidender Bedeutung ist.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben auch die Bürger in der Bundesrepublik Deutschland mit Recht aufgewühlt. Unabhängig von den tragischen Vorgängen in der CSSR kann hier festgestellt werden, daß die Sicherheit unseres Landes und unserer Bürger gewährleistet ist.

+ + +

Konsequenzen...

sp - Jede Bewertung der dramatischen Ereignisse in der UdSSR sollte, besonders hier in der Bundesrepublik, auch von der Überlegung ausgehen, welche Konsequenzen sich für uns ergeben.

Nach Motiven für die militärische Intervention Moskaus braucht man nicht zu suchen. Die UdSSR will nicht, daß sich noch einer der Warschauer Paktstaaten zu einer Politik durchringt, die, abseits von Dogmatismus und blinden Gehorsam gegenüber einer Befehlszentrale, eine eigene auf die nationalen und internationalen Interessen abgestimmte Verhaltensweise zum Ziele hat.

Zur Stunde, da diese Zeilen geschrieben werden, weiß noch niemand, wie das leidgeprüfte Volk der Tschechoslowakei diesen Eingriff in seine Souveränitätsrechte begegnen kann.

Wenn jetzt hier und dort gesagt wird, es habe sich "erwiesen", daß es sinnlos sei, die bisherige Politik der Regierung der Großen Koalition fortzusetzen oder gar empfiehlt, das Bemühen um das Zustandekommen einer gerechten Friedensordnung für Europa aufzugeben, dann muß die Frage gestellt werden, ob die Bundesregierung an die Stelle dieser Politik eine Politik der Steigerung von Spannungen setzen soll.

Niemand wird das verantworten wollen.

Im Augenblick können wir uns hier in der Bundesrepublik nur darauf vorbereiten, jenen Menschen unsere Hilfe zu gewähren, die sie vielleicht brauchen werden. Das ist nicht viel angesichts des Dramas, das wir erleben. Politisch kann es nicht unsere Aufgabe sein, die Bemühungen um eine Normalisierung des Verhältnisses der europäischen Staaten zueinander aufzugeben.

Eine Zuspitzung des Konfliktes im Bereich der kommunistisch regierten Staaten Ost- und Südosteuropas verpflichtet uns zu erhöhter Wachsamkeit, erlaubt uns aber nicht, zu bestehenden Konflikten neuen Konfliktstoff zu liefern.

Warum wohl?  
-----

Bundesverkehrsminister Leber im Kreuzfeuer holländischer Kritik

Ein Teil der Presse in den Niederlanden reagiert sofort und heftig, wenn in irgendeinem Zusammenhang der Name Georg Leber genannt wird. Der deutsche Verkehrsminister gilt dort als "rotes Tuch", seit das - unter dem Namen "Leber-Plan" auch die Verkehrspolitiker Europas wachrüttelnde - verkehrspolitische Programm der Bundesregierung bekannt ist und diskutiert wird.

So war zuletzt besonders der Text der Koalitionsvereinbarung der beiden Regierungsparteien über die Verkehrspolitik Gegenstand dicker Schlagzeilen und bissiger Kommentare, der vom nächsten Jahr an der Bundesverkehrsminister die Gelegenheit geben soll, bestimmte Straßen in Ballungsgebieten und zu besonderen Ballungszeiten ganz oder teilweise für den LKW-Verkehr zu sperren. Das liberale "Algemeen Dagblad" sieht - unter der Überschrift "Süßes Geflüte" - darin für die Niederlande eine nachteilige Wirkung. Das Blatt meint, so angenehm den Ferienreisenden die Nachricht von der beabsichtigten Sperrung der Autobahn an verkehrreichen Terminen des Jahres in den Ohren klingen möge, so irreführend sei sie auch. Denn, folgert man weiter, die Maßnahme gelte nicht dem ungestörten Ferienbetrieb, sondern der Sanierung der Deutschen Bundesbahn. Auch bei dieser Gelegenheit fehlt nicht der Hinweis auf Lebers "Ruiniierungsmaßnahmen" gegen außerdeutsche Nordseehäfen. Es komme Minister Leber weniger auf einen flüssigen Urlaubsverkehr, als vielmehr auf eine Verlagerung der Straßentransporte von und nach Hamburg und Bremen an. Das schreibt das "Algemeen Dagblad".

Was die Holländer ihren Lesern nicht sagen, ist die unbestrittene Tatsache, daß die PKW-Fahrer in den Niederlanden gegenüber den LKW-Besitzern ebenfalls in der Mehrzahl sind und daß gerade holländische Urlaubsreisende in den Haupturlaubszeiten die Autobahnen der Bundesrepublik auf der Fahrt in die südlichen Gefilde in großen Maße benutzen. Diese Urlaubsreisenden vereinen sich in Deutschland mit deutschen und anderen europäischen Autofahrern zum großen Autostrom, der schleichend vorankommt.

Holländer ärgern sich dann ebenso über das schleppende Vorankommen, wie Deutsche und andere. Lebers Wunsch, den Urlaubsverkehr flüssig zu machen, ist gegen niemand gerichtet. Das Ziel ist: Europas PKW-Fahrer sollen schneller und sicherer durch die Bundesrepublik Deutschland fahren können. Das gilt auch für unsere Freunde aus den Niederlanden.

Bei rechtzeitiger Ankündigung und unter Berücksichtigung der schon bis zum nächsten Jahr vorhandenen Entlastungsautobahnen in der Nord-Süd-Richtung dürften keinerlei Schwierigkeiten entstehen, wenn eine bestimmte Strecke zum Urlaubsanfang oder -ende für ein bis zwei Tage den Lastkraftwagen versagt wird. Mit guter Willen ist Millionen Menschen künftig zu helfen. Warum also diese Polemik gegenüber einem dynamischen, die Grundübel des Verkehrs anpackenden Minister? Warum wohl?

+ + +

## Beitrag zur Entwicklungshilfe

### Sport- und Jugendpraktikanten aus der "Dritten Welt" in Berlin

Von Senatsrat Rudolf Horn, Berlin

Im Rahmen der Maßnahmen des Landes Berlin auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe führt der Senator für Familie, Jugend und Sport seit 1963 Fortbildungsprogramme von einjähriger Dauer für Sport- und Jugendpraktikanten aus Westafrika, Lateinamerika und Indonesien durch. Das Programm erfüllt den Zweck, von den Regierungen der Entwicklungsländer vorgeschlagene talentierte Nachwuchskräfte aus dem administrativen Sport- und Jugendwesen mit den neuesten Erkenntnissen auf dem Gebiet der Sportverwaltung und -organisation, dem Schulsport und der Jugendpflege in Berlin vertraut zu machen. Die Praktikanten sind von ihren Regierungen für künftige besondere Aufgaben in der Sport- oder Jugendbehörde, im Schul- und Universitätssport oder als Führungskräfte in einem Sportverband bzw. einer Jugendorganisation vorgesehen.

#### Die Auswahl der Kandidaten

Ein Jahresprogramm, das im wechselnden Turnus für Sport- und Jugendpraktikanten abgewickelt wird, umfaßt 15 männliche und weibliche Teilnehmer zwischen 20 und 30 Jahren. Nachdem die deutschen Botschaften von der betreffenden Regierung eine größere Zahl von Bewerbungen eingekolt haben, nimmt ein leitender Beamter des Senators für Familie, Jugend und Sport etwa sechs Monate vor Lehrgangsbeginn die Auswahl der Kandidaten an Ort und Stelle persönlich vor. Für die Berücksichtigung eines Bewerbers sind maßgebend: Schulbildung, Fachschulbildung, eventuell Hochschulbesuch, qualifizierte berufliche Tätigkeit im Sport- oder Jugendwesen, aktive Mitgliedschaft oder ehrenamtliche Funktion in einem Sportverein oder einer Jugendorganisation. Das eingehende Testgespräch mit dem Bewerber wird ergänzt durch seine Beobachtung am Arbeitsplatz, auf dem Sportplatz oder bei der Jugendarbeit. Die Entscheidung über die ausgewählten Kandidaten wird der Regierung während der Anwesenheit des Berliner Beamten mitgeteilt. Nach sorgfältiger ärztlicher Untersuchung müssen die Kandidaten mit dem vorbereitenden Deutschunterricht am Goethe-Institut ihres Heimatortes beginnen.

Das Informationsprogramm in Berlin läuft jeweils ab 1. Mai, um den Ausländern die Akklimatisierung in der wärmeren Jahreszeit zu ermöglichen. Die Lehrgangsteilnehmer sind in einem Wohnheim der Ernst-Reuter-Stiftung untergebracht und werden von der Carl-Duisberg-Gesellschaft mitbetreut. Die Mittel des Programms trägt in voller Höhe der Senator für Familie, Jugend und Sport. Die Kosten umfassen: Hin- und Rückflug, Unterkunft, Verpflegung, Sprach- und Fachausbildung, Fachliteratur, ärztliche Versorgung und Taschengeld. Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit gewährt von Fall zu Fall Flugkostenzuschüsse.

#### Fachprogramm

Die ersten vier Monate des Programms sind dem Erlernen der deutschen Sprache am Goethe-Institut Berlin vorbehalten. Der tägliche Sprachunterricht wird bereits begleitet durch Besichtigungen von Sport- und Jugendeinrichtungen sowie von allgemein gehaltenen Fachvorträgen. Während der übrigen acht Monate ist folgendes Fachprogramm vorgesehen:

Sportpraktikanten: Mitarbeit in der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport (Funktion einer Sportbehörde, Sportstättenbau, Bäderbau, Freizeit- und Erholungsprogramm), Mitarbeit im Sportamt eines Berliner Bezirks, in der Geschäftsstelle des Landessportbundes Berlin und

einiger Sportfachverbände, beim Turnunterricht in Schulen verschiedenen Typs, Vorlesungen über Sportmedizin und über Sportlehrerbildung an der Freien Universität und der Pädagogischen Hochschule, Hospitation an der Sporthochschule Köln.

Jugendpraktikanten: Mitarbeit in der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport (Funktion eines Landesjugendamtes), Mitarbeit im Jugendamt eines Berliner Bezirke, in Kindertagesstätten, Tagesstätten für körperlich und geistig behinderte Kinder, Kinderheimen, Nachbarschaftsheimen, Jugendfreizeitheimen, in der Geschäftsstelle des Landesjugendringes Berlin und einiger Jugendverbände. Das Fachprogramm des einzelnen Lehrgangsteilnehmers wird individuell zusammengestellt und ist auf seine spezielle Berufsrichtung zugeschnitten. Während der Gesamtdauer des Aufenthalts in Berlin ist als ständiges Rahmenprogramm vorgesehen: Besuch kultureller und sportlicher Veranstaltungen, eigene aktive Betätigung in Sportvereinen und Jugendverbänden, Einladungen in Berliner Familien.

Im letzten Lehrgangsmonat findet eine 14tägige Informationsreise durch das übrige Bundesgebiet mit Besichtigungen von Sport- und Jugendeinrichtungen statt. Am Schluß des Jahresprogramms steht ein mehrtägiges Fachseminar mit schriftlichen Arbeiten und Referaten über die einzelnen Fachgebiete. Die Teilnehmer erhalten über den erfolgreichen Abschluß des Fortbildungslehrganges ein Diplom, das vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit mitgezeichnet wird, und ein detailliertes Zeugnis über ihre Einzelleistungen.

#### Rege Fachkorrespondenz

Nach Rückkehr in die Heimat erhalten die Lehrgangsteilnehmer in regelmäßigen Abständen einen "Rundbrief", der sie über die aktuelle Situation im Sport- und Jugendwesen Berlins auf dem Laufenden hält und der eine rege Fachkorrespondenz mit den ehemaligen Praktikanten zur Folge hat. Auch ein Erfahrungsaustausch der Praktikanten verschiedener Länder untereinander wird über den Rundbrief ermöglicht. Über die jeweilige deutsche Botschaft läßt sich der Senator für Familie, Jugend und Sport über die fortschreitende berufliche Entwicklung der ehemaligen Lehrgangsteilnehmer unterrichten. Bei der Auswahl neuer Praktikanten finden im Entwicklungsland eingehende Nachkontakte des Berliner Beamten mit den ehemaligen Stipendiaten statt.

Bisher sind folgende Programme durchgeführt worden: 1965/64: Togo, Elfenbeinküste, Kamerun, Mali; 1965/66: Brasilien; 1966/67: Chile, Mexiko, Costa Rica, Guatemala; 1967/68: Togo, Elfenbeinküste, Tschad; zur Zeit Indonesien.

Die Bilanz dieser personellen Entwicklungshilfe ist überaus positiv. Das Auswärtige Amt und die deutschen Botschaften sind in "höchstem Maße an dem Praktikantenprogramm interessiert, weil von der Ausbildung besonders erfreuliche Ausstrahlungen in die verschiedenen Schichten der Bevölkerung der Entwicklungsländer ausgehen, die unseren zwischenstaatlichen Beziehungen förderlich sind". Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit erkennt "die Bemühungen Berlins auf diesem Gebiet dankbar an, weil die Programme sowohl entwicklungspolitisch als auch für die kulturellen und allgemeinen politischen Beziehungen zu den jeweiligen Ländern und ihrer Jugend von großer Bedeutung sind". Der Wert, den die Regierungen der Entwicklungsländer selbst der einjährigen fachlichen Fortbildung ihrer Nachwuchskräfte in Berlin beimessen, läßt sich an dem Ausmaß ihrer weiteren Förderung erkennen. Mehrere Teilnehmer der ersten Lehrgänge in Berlin sind inzwischen in verantwortliche Positionen innerhalb der Regierungsbehörden oder der Sport- und Jugendverbände aufgerückt. Es wurden z.B. Etien, Assezo, Kabinettsattaché beim Ministerium für Schulwesen in Abidjan/Elfenbeinküste, Coulibaly,

Solo, Direktor des Kulturzentrums in Korhogo/Elfenbeinküste, Paul Atangana, Abteilungsleiter beim Generalkommissariat für Jugend und Sport in Yaounde/Kamerun, Assoumaila, Safiou Touré, Generalsekretär der Fußballliga in Togo, Ivan Moreno in Santiago, Berater der Regierung von Chile für den Bau von Sportanlagen, und Jesus Dozal, Ignacio Martinez und Juan José Zalce de la Pena bekleiden Funktionen im Organisationskomitee für die Olympischen Spiele 1968 in Mexiko.

So werden aus den Sport- und Jugendpraktikanten von gestern für Berlin Partner von morgen.

+ + +  
Appell an Vernunft und Einsicht wurde befolgt

Zusammenschluß von Kleingemeinden in Hessen

sp - In diesen Tagen - rund acht Wochen vor den nächsten Kommunalwahlen in Hessen, häufen sich im Hessischen Innenministerium die Anträge kleiner Gemeinden, die sich mit anderen Dörfern zusammenschließen oder aber von großen Nachbarorten eingemeinden lassen wollen. Innenminister Heinrich Schneider teilte dieser Tage in Wiesbaden mit, daß in diesem Jahr bereits für 20 Gemeinden Zusammenschlüsse oder Eingliederungen in andere Gemeinden genehmigt worden sind. Für 14 allein zum 1. August 1968. Am 1. September werden aus weiteren 11 Orten Anträge akute, die der Landesregierung gegenwärtig vorliegen.

Minister Schneider wertete die zahlreichen Gemeindegemeinschaftszusammenschlüsse der letzten Zeit als ein erfreuliches Anzeichen dafür, daß sich in den Landgemeinden Hessens der Gedanke zunehmend durchsetze, durch Zusammenschlüsse oder Eingliederung in andere Gemeinden, die kommunale Verwaltungskraft und finanzielle Leistungsfähigkeit zu verbessern. Minigemeinden sind nicht mehr lebensfähig. Die Entwicklung zeigt, daß die Appelle der Landesregierung an die Vernunft und Einsicht der Verantwortlichen und Bürger in nicht wenig Gemeinden auf offene Ohren gestoßen sei.

In seiner Regierungserklärung im Januar 1967 hatte Ministerpräsident Dr. Zinn den Gemeinden mit weniger als 100 Einwohnern nahegelegt, freiwillige Zusammenschlüsse mit anderen Gemeinden möglichst bis zur Kommunalwahl 1968 zu realisieren. Orten in der Größenordnung von 100 - 200 Einwohner soll dafür ein längerer Zeitraum zugestanden werden.

Einen zugkräftigen Anreiz für Kleingemeinden, sich zusammenzuschließen, sieht Minister Schneider nicht zuletzt auch in den vom Land gewährten finanziellen Vergünstigungen. Als erstes Land der Bundesrepublik hat Hessen im Jahre 1966 damit begonnen, freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden auch finanziell zu unterstützen. Auf die Dauer von zehn Jahren werden solchen Gemeinden ansehnliche Vorteile bei der Berechnung von Schlüsselzuweisungen eingeräumt.

Einschließlich der am 1. September wirksam werdenden Zusammenschlüsse sind in den letzten zehn Jahren in Hessen insgesamt 35 Gemeindegemeinschaftszusammenschlüsse oder Eingemeindungen registriert worden, an denen 72 Gemeinden beteiligt waren. Ein vorbereitetes Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit dürfte nach seiner Verabschiedung durch den Hessischen Landtag weitere wichtige Impulse für gemeindliche Zusammenschlüsse bringen.

+ + +